



Leipzig, 15.05.2020

Rettungsschirm für bedrohte Maschinenbauunternehmen dringend nötig: IG Metall Leipzig fordert sächsische Industrie-Holding

Viele Maschinenbauunternehmen in Sachsen sind in großen Schwierigkeiten: Deshalb ergreift die IG Metall Leipzig die Initiative und fordert die Umsetzung einer landeseigenen Industrie-Holding. Damit könnte ein Schutzschirm für bedrohte Maschinenbauunternehmen aufgespannt, würden Knowhow und Marktpräsenz gesichert und die Wertschöpfungstiefe erhalten bleiben. Dieser Schritt - von der IG Metall bereits seit Februar angemahnt - ist zwei Monate nach Ausbruch der Corona-Pandemie notwendiger denn je.

Der Vorschlag der IG Metall: Ein Paket aus landeseigenen Mitteln und Förderung durch die Sächsische Aufbaubank (SAB) mit u.a. Umstrukturierungsbeihilfen, Neustart- und Liquiditätshilfedarlehen sowie einem Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Das Land Sachsen beteiligt sich an der Industrie-Holding oder zu rettenden Einzelgesellschaften mit 25,1 Prozent und stellt ein Mitglied im Beirat und/oder Aufsichtsrat (neben Vertretern der Gesellschafter, Industrieexperten und Restrukturierungsberatern). Eventuelle neue Investoren können - auch im Falle einer Mehrheitsbeteiligung - nur gemeinsam mit dem Land Sachsen entscheiden. So soll die Kontrolle des Landes über weitere Schritte gewährleistet bleiben. Altgesellschafter bleiben mit einem Minderanteil (15 bis 25 Prozent) am Unternehmen beteiligt und können so die Geschäftstätigkeit erhalten.

„Besonders wichtig ist, dass neue Investoren weitgehende Beschäftigungsgarantien gewähren. Die nachhaltige Sicherung hochqualifizierter Arbeitsplätze und innovativer Unternehmen sind gerade jetzt erstes Gebot“, betont Bernd Kruppa, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Leipzig. Nur unter dieser Prämisse könnten im Gegenzug Zuschüsse und Fördermittel der SAB zugesichert werden. „Das Modell der Industrie-Holding beinhaltet Gewinnchancen für alle Beteiligten - das Land Sachsen, alte und neue Investoren und die Beschäftigten der betroffenen Unternehmen“, erklärt Kruppa.



Zur Umsetzung des Projekts solle eine Task Force aus Experten der Sächsischen Aufbaubank (SAB) und den Sächsischen Wirtschafts- und Finanzministerium Sachsen, des Verbandes der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie und der IG Metall sowie externen Beratern gebildet werden, heißt es in dem Papier der IG Metall. Es gelte, den Kontakt zu angeschlagenen Unternehmen zu intensivieren, die Kreditvergabe der SAB bzw. die Entscheidung über Förderungen/Beteiligungen des Landes Sachsen zu beschleunigen, die schnelle Erstellung von Sanierungsgutachten ermöglichen und die Ansprache von potentiellen Investoren verbessern.

Bereits im Februar hatte die IG Metall in ihrer „Chemnitzer Erklärung“ die Gründung einer sächsischen Industrie-Holding gefordert. Schon zu diesem Zeitpunkt waren Betriebe wie Schaudt Mikrosa GmbH in Leipzig durch sich überlagernde Probleme wie Marktkrise und Transformation in Schwierigkeiten gekommen. Die Einbrüche durch die COVID-19-Pandemie kommen nun hinzu.

„Das Modell der sächsischen Industrie-Holding bietet für betroffene Unternehmen eine reale Überlebenschance, sichert so den Erhalt eines wichtigen Teils der Wirtschaftsstruktur und damit die Existenz Tausender hochqualifizierter Fachkräfte in Sachsen“, erklärt Bernd Kruppa. Nun sei es wichtig, die Umsetzung zügig anzugehen.

Für Rückfragen: Bernd Kruppa, 1. Bevollmächtigter, 0170 – 33 33 155

Ihre Daten werden nur für den Versand unserer Pressemitteilungen, Presseinformationen und Presseeinladungen gespeichert. Es findet keine anderweitige Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte statt. Selbstverständlich haben Sie jederzeit die Möglichkeit, sich aus unserem Verteiler abzumelden. Senden Sie in diesem Fall bitte eine Mail an leipzig@igmetall.de.